



ALDE Individual Members in Austria

Wällischgasse 8/7-8 * AT-1030 Vienna, Austria * Register of Associations: ZVR 637465069

DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION – RÜCKBLICK UND AUSBLICK

Einleitung zur Generalversammlung der

**ALDE Individual Members in Austria am 17. 8. 2018 in der NEOSphäre von
Ronald J Pohoryles**

Europa hat viel erreicht – aber noch viel zu erreichen

Der Weg zur europäischen Vereinigung war ein dornenreicher Weg. Begonnen hatte alles mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Pariser Vertrag von 1951, und es war nicht abzusehen, wohin die Reise gehen sollte. Die Vision Altiero Spinellis, Mitbegründer der Union der Europäischen Föderalisten (UEF) 1946, die ein demokratisches und föderales, auf einer auf einer Verfassung gegründetes Europa zum Ziel hatte, war unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg eine unvorstellbare Utopie. Jean Monnet und Robert Schuman sahen einen pragmatischeren Weg. Sie entwickelten implizit ein offenes Konzept der „institutionellen Ungleichgewichte“. Und der Weg zu Spinellis Vision ist noch immer nicht am Ziel.

Jean Monnet und Robert Schuman sahen, dass ein europäischer Einigungsprozess, nur Schritt für Schritt entwickelt werden konnte. Man könnte die Strategie, die Monnet und Schuman vorschwebte, als Weg der institutionellen Ungleichgewichte bezeichnen: Wirtschaftliche Zusammenarbeit verlangte nach institutionellen Veränderungen, und so entwickelte sich langsam die Europäische Union

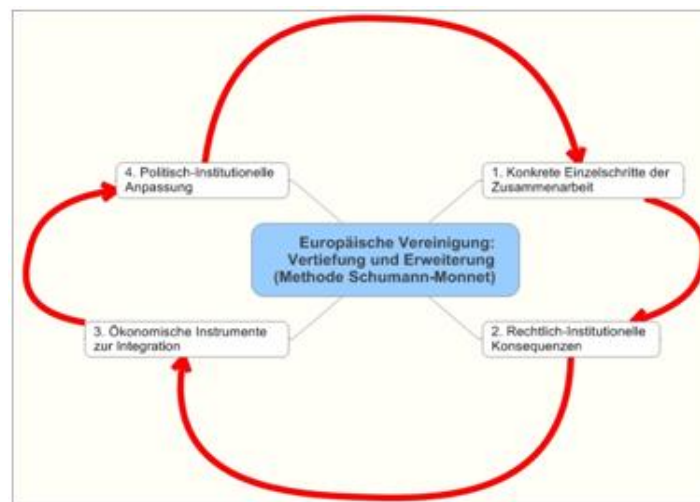
- von einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die im Pariser Vertrag von 1951 geschaffen wurde,
- über die Gründung der Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in den Römischen Verträgen 1957, mit einer gemeinsame parlamentarische Versammlung, einem gemeinsamen Gerichtshof und einem gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialausschuss
- zum Vertrag von Maastricht, der mit der Gründung der Europäische Union (EU) erstmals eine eigene Rechtspersönlichkeit schuf, die auf einem Drei-Säulen-Modell basierte: den Europäischen Gemeinschaften, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.

Viele weitere Einzelschritte wurden nötig, um die heutige Ausgestaltung der Europäischen Union zu erreichen. Wir haben heute in vielen Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Währung, eine Demokratisierung durch die Stärkung des Europäischen Parlaments, die Einführung von europäischen Bürgerinnen- und Bürgerinitiativen im Vertrag von Lissabon 2007, die Einrichtung des „Raumes für Freiheit, Sicherheit

und des Rechts“, und viele andere Reformen, die dem Zusammenhalt dienen. Mehrere Erweiterungswellen machten weitere Reformen unabdingbar.

Die Methode der institutionellen Ungleichgewichte hat bis vor Kurzem noch gut funktioniert. Schematisch kann der Prozess wie folgt beschrieben werden:

1. Konkrete Einzelschritte zur Steigerung der Zusammenarbeit
2. Institutionelle Konsequenzen: Abgabe beschränkter nationaler Souveränitätsrechte
3. Ökonomische Instrumente zur Integration
4. Politisch-institutionelle Anpassung



Die Entwicklung eines gemeinsamen Europas verlief also schrittweise, von einem Staatenbund mit wirtschaftlichem Schwerpunkt zu einem föderalen demokratischen Bundesstaat. Ein gutes Beispiel dafür ist der Versuch der Verabschiebung einer Europäischen Verfassung, die schon 1976 von der ALDE gefordert wurde. Der Anlauf ist aufgrund vom negativen Ausgang des Plebiszits in Frankreich und den Niederlanden 2005 gescheitert. Es gab allerdings auch Widerstände von zahlreichen Mitgliedsstaaten, die nach den Referenden nicht mehr offensichtlich wurden, da der Prozess nach dem Ausgang dieser gestoppt wurde.

Die gescheiterte Verfassung und der relative Erfolg der Methode der „institutionellen Ungleichgewichte“

Es lohnt sich aber, den Prozess genauer nachzuvollziehen, weil er ein anschauliches Beispiel dafür ist, wie die Methode der institutionellen Ungleichgewichte funktioniert:

Im Vertrag von Nizza 2000, der am meisten unterschätzte Reformvertrag der Europäischen Union wurden wesentliche Reformschritte eingeleitet. Zu diesen zählten das Abgehen vom Prinzip der Einstimmigkeit mit einigen, allerdings wesentlichen Ausnahmen. Es galt fortan das Prinzip der „Doppelten Mehrheiten“ (Staaten und Bevölkerung) für Ratsentscheidungen. Vorgestellt wurde die „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“.

Eine „Erklärung zur Zukunft der Union“ hat den sogenannten Post-Nizza-Prozess eingeleitet. Dabei sollten vier verschiedene Themenstellungen einer Regelung

zugeführt werden: die Abklärung der Zuständigkeiten, die Rechte der nationalen Parlamente, die Vereinfachung der Verträge und der Status der „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“.

Es wurde bald klar, dass eine so umfangreiche Reform am besten im Wege einer Verfassung durchgesetzt werden könnte. 2003 begann als Schritt im Post-Nizza-Prozess ein Vorstoß zu einer verfassungsmäßigen und föderalen Organisation der Europäischen Union.

Der Entwurf wurde von einem Verfassungskonvent unter Federführung des französischen Zentrumspolitikers Valéry Giscard d'Estaing erarbeitet und sah ein demokratischeres Europa mit erweiterten Kompetenzen vor. Das Drei-Säulen-Modell sollte zugunsten einer einheitlichen Rechtspersönlichkeit abgelöst werden und sämtliche bisherigen Verträge außer Kraft setzen.

Der Verfassungstext wurde 2004 von den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat unterzeichnet; die Ratifizierung musste aber durch die nationalen Parlamente und/oder in Volksabstimmungen ratifiziert werden. Die ersten Parlamentsentscheidungen erbrachten positive Ergebnisse. Aufgrund massiver Polemiken scheiterten aber die Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden. Damit war das Projekt gescheitert. Die EU-kritischen Mitgliedsstaaten ersparten sich danach die notwendigen Parlamentsentscheidungen.

Eine Lösung fand sich dennoch: Der nächste Reformschritt erfolgte zwischenstaatlich; eine Volksabstimmung wurde nur mehr in Irland vorgesehen. Nach einer ersten Volksabstimmung, die negativ verlief, hat eine Aufklärungskampagne unter Verantwortung des liberalen Europaministers Dick Roche zur irischen Zustimmung geführt.

Der „Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“ 2007 übernahm die wesentlichen Elemente des Verfassungsentwurfs übernahm, ohne freilich die früheren Verträge aufzuheben.

Der Vertrag von Lissabon sah folgende Reformschritte vor:

- Die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments, des Subsidiaritätsprinzips und der Mitwirkung der nationalen Parlamente,
- Die Einführung von europäischen Bürgerinnen- und Bürgerinitiativen,
- Die Schaffung der Austrittsmöglichkeit aus der EU (nicht aber aus der Eurozone!).
- Die Ausweitung des Prinzips der doppelten Mehrheiten (55% der Staaten, 65% der Bevölkerung) auf weitere Politikbereiche, Wahl einer Präsidentin bzw. eines Präsidenten.
- Die Bekräftigung der europäischen Werte und der Rechte der Bürgerinnen und Bürger.
- Die Bestimmungen der Charta der Grundrechte (siehe Vertrag von Nizza) erhält Rechtsverbindlichkeit
- Die (allerdings sehr beschränkte) Stärkung der Rolle Europas in der Welt

Wie von Monnet und Schuman erwartet, sind institutionelle Anpassungen unvermeidbar, wenn die Funktionsfähigkeit der Union gewährt bleiben soll.

Herausforderungen für die Europäische Union – Europa am Scheideweg

Europa steht vor schwierigen Problemen: Die Arbeitslosigkeit steigt, vor allem in Ost- und Südeuropa, deutlich an. Zwar ist die Arbeitslosigkeit in Spanien und Griechenland im Jahr 2017 gegenüber 2013 geringfügig zurückgetragen, beträgt aber mit 17,3% bzw. 21,7% weit über dem EU-Durchschnitt von 7,8%. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit zwischen 2000 und 2017 in Spanien und Griechenland (Spanien + 24,5 %, Griechenland + 88,7 %) liegt weit über dem EU Durchschnitt (Quelle: <https://goo.gl/ZGEzfm> auf Grundlage von Eurostat 2018: Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU-AKE/LFS). Gefährlich ist insbesondere das deutliche Ansteigen der Jugendarbeitslosigkeit. Die Jugendarbeitslosigkeit betrug 2017 beispielsweise in Griechenland 42,8%, in Spanien 39,4% und in Portugal 23,0%. In Rumänien liegen die Vergleichszahlen bei 18,4%, in Polen 14,6% (Quelle: <https://goo.gl/n29ZDY>, basierend auf Daten der Weltbank).

Nationalismus und Euroskeptizismus sind deutlich angestiegen, sowohl in den Krisenstaaten als auch in den wirtschaftlich stärkeren Mitgliedsstaaten. Aufgrund massiver Propaganda, die teils mit unverschämten Lügen betrieben wurde, steht nun der Brexit bevor, sofern kein zweites Referendum oder das britische Parlament dies nicht verhindert..

Hier zeigt sich ein Konstruktionsproblem der Europäischen Union: Statt direkter Solidarität, wie sie in Bundesstaaten wie Österreich durchaus üblich ist, ist die EU nur zu reaktiver Politik im Stande..

Damit sinkt die Glaubwürdigkeit der EU sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Der Anspruch auf Stabilität kann kaum mehr aufrecht erhalten werden.

Im übrigen hat sich auch gezeigt, dass das Einstimmigkeitsprinzip in der GASP die Rolle der EU im internationalen System wirkungslos macht (siehe die Reaktion auf den „Arabischen Frühling“, der drohende Handelskonflikt mit den USA, die schwache Reaktion auf die Boykott-Drohung der USA im Irankonflikt und eine klare Unterstützung Kanadas im Konflikt mit Saudiarabien).

Es gab und gibt immer wieder Hemmnisse zur Weiterentwicklung der Europäischen Union: Die EU ist derzeit ein Hybrid zwischen einem Staatenbund einem Bundesstaat. Und viele Probleme bleiben ungelöst, weil der institutionelle Rahmen nicht mehr zu den heutigen Herausforderungen passt. Ob die Methode der institutionellen Ungleichgewichte weiter funktionieren wird kann kaum vorausgesagt werden – Europa steht (wieder einmal) am Scheideweg.

Die hybride Verfassung lässt eine effiziente Krisenlösung nicht zu.

Demokratische Wahlen haben gezeigt: Die gegenwärtige Politik führt in stabilen Ländern wie Frankreich zu einem Richtungswechsel, in instabilen zu Chaos und Gewalt. Elitenkonsens auf Grundlage nationalstaatlicher Interessen kann die europäische Krise nicht lösen. Demokratie kann aber dazu führen, einen

institutionellen passenden Aufbau Europas und die Vollendung des europäischen Vereinigungsprozesses herbeizuführen.

Eine liberale Antwort auf die gegenwärtige Krise der EU

Die liberale Vision für Europa: Für ein demokratisches, föderales, starkes, leistungsfähiges, friedenssicherndes und weltoffenes Europa

Institutionelle Reformen

Europa muss sich von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat entwickeln; für nationale Egoismen gibt es keinen Spielraum

Europa benötigt eine handlungsfähige und demokratisch legitimierte europäische Regierung. Die gegenwärtigen Entscheidungsstrukturen ermöglichen keine effiziente gesamteuropäische Politik. Dies betrifft die Stellung des Präsidenten der Kommission, die Schaffung eines handlungsfähigen Kommissars für auswärtige Angelegenheiten sowie eines Kommissars für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten mit erweiterten Kompetenzen.

Wichtigste Voraussetzung für eine funktionierende EU ist aber eine klare Gewaltenteilung. Die europäische Regierung, die die derzeitige Kommission ablösen sollte, sollte vom Europäischen Parlament, das auf Grundlage transnationaler Wahllisten konstituiert wird, unterstützt und kontrolliert werden, der Rat als zweite Kammer umgestaltet werden. Auch die Partizipationsmöglichkeiten sollten besser kommuniziert und erweitert werden. Tatsächlich bestehe schon heute verschiedene Instrumente der Partizipation, die allerdings den wenigsten Bürgerinnen und Bürgern Europas bewusst sind und unzureichend genutzt werden.

Demokratie und Menschenrechte

Die europäischen Werte verlangen den Schutz der Menschenrechte und das Verbot jeglicher Diskriminierung. Liberale haben Migration schon immer als Chance und Integration seit jeher als eine wesentliche Aufgabe von Politik und Gesellschaft verstanden. Liberale fordern ein starkes Asylrecht und Maßnahmen zur Integration der Asylwerbenden und Asylantinnen und Asylanten.

Europa in der Welt

Europa benötigt eine effektive gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik, um in einer globalisierten Welt als starker Akteur wahrgenommen werden. Dafür sind Strukturen notwendig, die rasche, aber auch demokratisch legitimierte Entscheidungen erlauben. Nationale Alleingänge darf es in Zukunft nicht mehr geben.

Europa braucht eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik, die einen stabilen Binnenmarkt und eine starke Stellung Europas im Zeitalter der Globalisierung sicherstellt. Ziel der europäischen Politik muss es sein, die Eurozone als stabilen Wirtschaftsraum zu erhalten und eine Ausweitung der Eurozone unter Bedachtnahme auf die Wirtschaftslage zu forcieren.

Die Gemeinschaftswährung muss gegen weltweite Spekulationen abgesichert werden. Eurobonds sind ein wesentliches Instrument, um die Eurozone zu stabilisieren.

Ohne die nötigen Reformen wird Europa die Herausforderungen kaum bewältigen können. Gerade deshalb sind die kommenden EU-Wahlen entscheidend für Europas Zukunft. Es gilt, die pro-europäischen Kräfte zu stärken. Die Wahlen in Frankreich haben gezeigt, dass mit einer positiven Vision von Europa Wahlen auch zu gewinnen sind. Und die ALDE wird, so lässt es sich derzeit jedenfalls vermuten, durch die LRM in der Zukunft wohl stärker werden. Die kommenden Wahlen werden leider noch mit nationalen Listen bestritten. Als österreichische Mitglieder der ALDE Party haben wir die Aufgabe, die NEOS und damit die ALDE im Wahlkampf nach Kräften zu unterstützen.